



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 25.01.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 30. Januar 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2023

2. **23-F-69-0074**

ANLAGE

Die Stadtretter

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 11.10.2023 -
- Beschluss Nr. 159 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.10.2023 -

3. 24-A-83-0001

Vorstellung neue Geschäftsführung Wivertis

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

4. 24-F-69-0009

Sicherheitspersonal bei städtischen Festen und Veranstaltungen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 24.01.2024 -

Zu den Sicherheitsmaßnahmen bei städtischen Festen und Veranstaltungen in Wiesbaden, z.B. der Rheingauer Weinwoche und dem Sternschnuppenmarkt, zählen Betonpoller, mit denen unkontrolliertes Einfahren in die Veranstaltungsfläche verhindert werden soll. Zusätzlich sehen die Sicherheitskonzepte Kontrollen auf Zufahrtswegen und -straßen vor. Die einzelnen Betonpoller sind mit einem Stahlseil verbunden, welches im Notfall für Einsatzfahrzeuge manuell geöffnet werden kann. Auf der Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden findet sich Folgendes: „Zur Unterstützung dieser Maßnahmen hat der Veranstalter zusätzlich noch einen privaten Sicherheitsdienst beauftragt“.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die Kosten des privaten Sicherheitsdienstes bei den städtischen Festen und Veranstaltungen zu berichten.
 - a. Wie viele Sicherheitskräfte sind durch den privaten Sicherheitsdienst insgesamt bei den städtischen Veranstaltungen in Wiesbaden im Einsatz?
 - b. Wie hoch sind die hierfür anfallenden Kosten?
 - c. Wie viele Stunden am Tag ist eine Sicherheitskraft im Einsatz?
2. zu berichten, in wie vielen Fällen die Feuerwehr Umwege zu Einsätzen fahren musste, da die Durchfahrt zwischen den Betonpollern für die Löschfahrzeuge aufgrund deren Größe nicht möglich ist.

5. 24-F-63-0002

Zukunft Galeria Karstadt Kaufhof in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt

Bereits im Jahr 2023 mussten die Mitarbeitenden der Kaufhäuser Galeria Karstadt Kaufhof mit der unschönen Nachricht umgehen, dass es zu Filialschließungen kommen wird. Nachdem jetzt nur wenige Monate Ruhe einkehren konnte, wurde bekannt, dass die Kaufhauskette erneut einen Insolvenzantrag gestellt hat. Für die noch verbliebene Wiesbadener Filiale, aber auch für sehr viele andere Häuser stehen wieder unklare Monate bevor.

Die Insolvenz macht erneut deutlich, dass die Innenstädte einem Strukturwandel ausgesetzt sind, der den stationären Einzelhandel im Kern betrifft und nachhaltige Lösungen erfordert. Lieber früher als später. Innenstadtbelebung - ein Schlagwort, was es seit Monaten in die Köpfe der Menschen geschafft hat. Jedoch könnte dies allein nicht ausreichen. Bevölkerungsbefragungen aus der jüngeren Vergangenheit haben ergeben, dass die Innenstädte zu einem Begegnungsort geworden sind und nicht mehr nur zum Shopping besucht werden. Um dem Wandel Rechnung zu tragen, ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema auch in fachbereichsübergreifenden Runden und mit unterschiedlichen Stakeholdern notwendig.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) ob seit Bekanntwerden der erneuten Insolvenz Galeria Karstadt Kaufhofs schon Gespräche mit den handelnden Personen (Betriebsrat, Geschäftsführung etc.) geführt, bzw. anberaumt und welche Erkenntnisse hier gewonnen wurden?
- 2) ob bereits Aussagen zur Zukunft des Wiesbadener Standortes am Mauritiusplatz getroffen werden können?
- 3) welche Nutzungskonzepte, auch in Abstimmung mit der Geschäftsführung von Galeria Karstadt Kaufhof Wiesbaden, denkbar wären, um den Standort zu retten?

II. Der Magistrat wird gebeten,

- 1) in den Austausch mit den relevanten Institutionen und Ansprechpartner*innen zu gehen und das Interesse der Stadt an einer tragfähigen Lösung für den bedeutenden Einzelhandelsstandort deutlich zu machen.
- 2) im ämterübergreifenden Austausch und unter Zuhilfenahme von Netzwerken und Initiativen wie beispielsweise der Initiative "Wohnen. Stadt. Gewerbe." der Stadttreter Konzepte für die Innenstadt zu sondieren und zu entwickeln, die angesichts des immer greifbareren Strukturwandels neuen Nutzungen Raum geben und die in Wiesbaden vorhandene Kaufkraft in der Stadt halten.

6. 24-F-63-0003

Alternativstandort für das Frühlingsfest

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 24.01.2024 -

Der von der Rathaus-Kooperation vorangetriebene und beschlossene Umbau des Elsässer Platzes wird die Wohn- und Aufenthaltsqualität in den Innenstadtbereichen, im Besonderen der Quartiere Rheingauviertel/ Hollerborn und Westend, deutlich verbessern und ist eines der wichtigsten Bauprojekte von Grünen, SPD, Linken und Volt. Bedingt durch die geplante Neugestaltung steht dieser für traditionelle Volksfeste aber nicht mehr zur Verfügung.

Der Ausschuss für Ehrenamt, Bürgerbeteiligung und Sport sowie der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit haben in ihren Sitzungen im letzten Jahr bereits den Magistrat um die Prüfung von weiteren Standorten gebeten (Vorlagen-Nr.: 23-F-63-0057 und 23-F-69-0033). Eine entsprechende Antwort des Magistrats liegt seit Dezember letzten Jahres vor (Beschluss des Magistrats Nr. 0974 vom 19. Dezember 2023).

Der Bericht weist auf die Schwierigkeiten bei der Suche nach einem neuen Standort hin, zeigt aber auch mögliche Lösungen auf. Eine Perspektive für den Standort Salzbachau könnte der Bau des neuen Betriebshofes der ESWE Verkehr sein, womit der Standort der Salzbachau künftig für Veranstaltungen wie das Frühlingsfest nutzbar gemacht werden könnte.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) eine vertiefte Prüfung für einen neuen Standort des Frühlingsfestes, dessen derzeitiger Veranstaltungsort noch der Elsässer Platz ist, durchzuführen, damit dieses, soweit finanziell durchführbar, ab 2025 weiterhin stattfinden kann. Dies soll in enger Absprache mit Vertreter*innen der Schausteller*innen geschehen, so dass wichtige Belange aus der Praxis direkt mitbedacht werden,
- 2) zu berichten, wie sich der Platzbedarf für das Frühlingsfest, aufgrund der Anzahl der Schausteller*innen, in den letzten 5 Jahren entwickelt hat,
- 3) den neuen Standort der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

7. 23-F-69-0033

ANLAGE

Frühlingsfest

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 03.05.2023 -
- Beschluss Nr. 91 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 4.07.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 05.12.2023 -

8. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Bereich Digitalisierung

9. 24-A-83-0002

Bericht des IT-Sicherheitsbeauftragten

10. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Allgemeines:

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-F-63-0085

Bundesweite Umfrage "Vitale Innenstädte" auch in Wiesbaden durchführen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 28.06.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 01.12.2023 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

2. 23-V-61-0004

ANLAGE, DL 06/24-1, 38/23-4 , 35/23-20

Masterplan Gesundheitswirtschaft

- Beschluss Nr. 177 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 12.12.2023 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende